



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/288 - 12.12.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59

Fernschreiber 039 890

Von Souveränität keine Spur	S. 1
175 Millionen Inder gehen zur Wahl	S. 3
Nazis unter dem Schutz Francos	S. 4
Die französischen "Hiwis"	S. 5
Kommunisten und Kinderspielzeug	S. 7

Die grosse Irreführung

(sp) Bundeskanzler, Bundesregierung und Regierungsparteien sagen dem deutschen Volk unaufhörlich, dass die Bundesrepublik mit Inkrafttreten der deutsch-alliierten Verträge "die volle Gleichberechtigung" erhalten werde. Das geschieht unbekümmert darum, dass zwar noch nicht der ganze Inhalt der deutsch-alliierten Verhandlungen bekannt ist, aber doch genug, um die Menschen in der Bundesrepublik erkennen zu lassen, wo sie und ihr Staat nicht gleichberechtigt bleiben werden, sollte sich im Bundestag eine Mehrheit für Adenauers Politik finden lassen. Im Gegensatz zu den Zuständigkeiten und Handlungsfreiheiten der Westmächte steht fest:

1. politisch: die Westmächte behalten sich das Recht vor, in der Bundesrepublik wieder die volle Regierungsgewalt zu übernehmen. Die Botschafter der Westmächte in Bonn sind nicht nur die diplomatischen Vertreter ihrer Länder, sondern sie wachen auch über die Einhaltung der Einschränkungen, die der deutschen Handlungsfreiheit auferlegt bleiben - darüber, dass die Bundesregierung in allen Fragen der deutschen Wiedervereinigung, Berlins und der Herbeiführung eines Friedensvertrages nicht selbständig handelt, dass sie nicht in selbständige Verhandlungen (politischer und wirtschaftlicher Natur) mit solchen Ländern eintritt, zu denen ihr diplomatische Beziehungen nicht erlaubt sind. Auch die Tatsache, dass einzelne Gesetze der Alliierten in Kraft bleiben sollen, in anderen gesetzgeberischen Fragen Auflagen der Westmächte anzuerkennen sind, gehört hierher.

Auch dabei wird es bleiben, dass Deutsche, die als "Informanten" im Dienst der Westmächte stehen, der deutschen Rechts-
hoheit entzogen werden können. Verträge, die über das Gebiet der Bundesrepublik abgeschlossen wurden, sind selbstverständlich anzuerkennen und welche Fragen dem Friedensvertrag vorbehalten

bleiben, bestimmen einseitig die Westmächte. U.a. fällt die Zukunft der Saar und die Höhe der Reparationen in diesen Sektor. Die deutschen Auslandsschulden sind anzuerkennen, das deutsche Auslandsvermögen bleibt jedoch im wesentlichen liquidiert. Durch alliierte Gesetze oder Gerichte geschaffene Tatbestände, entstandene Verpflichtungen für die Bundesrepublik oder verhängte Urteile (z.B. in Nürnberg), werden von den deutsch-alliierten Verträgen nicht berührt.

2. wirtschaftlich: neben dem reinen Verteidigungsbeitrag soll die Bundesrepublik auch weiterhin für die Unterhaltung der in Deutschland stationierten Truppen bezahlen. Es wird bei bestimmten Produktionsverboten bleiben, nur dass sie künftig mit dem Schild versehen werden: Verbotene Rüstungsproduktion. Nicht nur der grösste Teil der Ausrüstung etwaiger deutscher Divisionen darf in der Bundesrepublik nicht hergestellt werden, auch der Flugzeugbau bleibt verboten, was für die Entwicklung einer deutschen Zivilluftfahrt schwerwiegende Auswirkungen haben muss. Das wenige, was schon bei den hier genannten politischen und wirtschaftlichen Einschränkungen der Bundesrepublik an Handlungs"freiheit" bleibt, wird von der Leistung des militärischen Verteidigungsbeitrages unlöslich abhängig gemacht.

3. militärisch: die projektierte europäische Verteidigungsgemeinschaft des Pleven-Planes soll dem Atlantik-Pakt unterstellt werden. Damit kämen auch die deutschen Einheiten unter Kommandostellen, in denen kein Deutscher sitzt, denn für die Bundesrepublik steht vor dem Atlantik-Pakt weiterhin: Off limits. Alle anderen Teilnehmerstaaten der Pleven-Armee gehören jedoch dem Atlantik-Pakt an. Es entsteht die einseitige letzte Kommandogewalt ohne Deutsche über deutsche Soldaten, die sogar den Befehl erhalten könnten, sich nach Westen abzusetzen, nachdem sie auszogen, um Haus und Familie in Deutschland zu verteidigen. Aber selbst innerhalb der Pleven-Armee gibt es keine Gleichberechtigung für die Bundesrepublik. So wenig sie alle Waffen selber herstellen darf, so wenig sollen die deutschen Soldaten auch alle die Waffen tragen dürfen, die für die anderen Einheiten selbstverständlich sind. Für den Schutz durch Kriegsschiffe, durch eine nicht auf Spezialaufgaben begrenzte Luftwaffe und durch schwere Artillerie sorgen andere, so agiert man in Paris.

Es ist eine Irreführung sondergleichen, die sich die Bundesregierung hier zuschulden kommen lässt. Denn sie selbst weiss, dass z.B. auch die Einrichtung eines deutschen Verteidigungsministeriums an der tatsächlichen Ungleichheit nichts ändern würde.

+ + +

Das grösste Wahlexperiment der Geschichte

-f- Zum ersten Mal in seiner vieltausendjährigen Geschichte wählte das indische Volk seine parlamentarische Gesamtvertretung. Zum ersten Mal in der Geschichte der Welt wählt eine Masse von aller 175 Millionen Wahlberechtigten ein Zentralparlament. Es ist politisch wie technisch das gewaltigste Wahlexperiment, das irgendein Volk je unternommen hat. Politisch, weil eine Bevölkerung von über einer Drithellmilliarde Menschen 489 Abgeordnete als ihre parlamentarische Sachverwalter auswählt, technisch, weil selbst der grösste Teil der Wahlberechtigten des Schreibens und Lesens unkundig ist und kaum genauere Vorstellungen haben kann, worüber er zu entscheiden aufgerufen ist. Die Inder haben zur Zeit der britischen Herrschaft den Tag ihrer Freiheit herbeigesehnt. Ein Teil von ihnen hat für diese Freiheit grosse Opfer gebracht. Aber nur wenige aus der ungeheuren Masse haben gewusst und wissen können, was sie mit dieser Freiheit anfangen sollen.

Seit vier Jahren ist Indien ein souveräner Staat, geführt von einem Manne, der unter den Staatsmännern unserer Zeit einen hohen Rang einnimmt. Nehru hat in diesen Jahren der Selbständigkeit Indiens eine schwerere Bürde getragen, als in den Jahren seines und Gandhis Kampf um die Unabhängigkeit. Man darf annehmen, dass er für sein Volk noch ein paar Jahre politischer Erziehung für die Aufgabendeokratischer Selbstregierung als wünschenswert betrachtet hätte. Aber der Gedanke hat überwogen, dass das Volk Gelegenheit haben müsse, darüber zu befinden, wor seinen Willen im Parlament vertreten solle.

Seit dem 25. Oktober 1951 wird in abgelegenen Teilen Indiens gewählt, da diese Teile sehr bald für Monate durch Schnee und Eis von der Aussenwelt abgeschnitten sein werden. Die Masse der Wahlberechtigten aber wird im Januar 1952 zu den Wahlurnen gehen. Das Ergebnis wird nicht vor Ende Februar bekannt sein. Es werden nicht nur die 489 Abgeordneten des Zentralparlaments gewählt, sondern auch über dreitausend Abgeordnete der Gesetzgebenden Versammlungen der Einzelstaaten der riesigen Indischen Union. Auch in Staaten mit demokratischer Tradition und hohem allgemeinem Bildungsstand der wählenden Bevölkerung ist ein mehrfachen Zwecken dienender Wahlgang eine

ziemlich komplizierte Sache. In Indien aber, wo man die Abgeordneten mit ihren Namen und mit besonderen Zeichenbildern auf den Wahlzetteln kennzeichnen muss, damit sie auch für die grosse Masse der Analphabeten unterscheidbar sind, ist eine allgemeine Wahl eine Aufgabe, die an Schwierigkeit nicht zu überbieten ist.

+ + +

Nazis unter dem Schutz Francos
- - - - -

H. Zum ersten Male veröffentlicht das von der Franco-Regierung unterstützte "Patronat für ausländische Flüchtlinge" in Spanien einige Zahlen über seine Tätigkeit. Sie bestätigen, was zwar alle Welt schon wusste, aber von Franco-Spanien bisher schamhaft verschwiegen wurde: dass nämlich Spanien der Zufluchtsort für Faschisten Nazisten und Hitleranhänger aller Länder geworden ist, die dort aus staatlichen Fonds unterhalten werden und denen z.T. zur Weiterwanderung verholfen wurde.

Das Patronat, das im Mai 1948 aus den einzelnen Emigrantenerorganisationen nazistischen Charakters unter der Ägide Francos als Dachorganisation geschaffen wurde, unterhält in Madrid, Barcelona und anderen spanischen Städten Speisehäuser für diese Flüchtlinge, logiert sie in billigen Hotels ein, verschafft ihnen Arbeit in Spanien und verhilft ihnen zur Auswanderung, die meist nach lateinamerikanischen Staaten geht. In dem Bericht weist das Patronat stolz darauf hin, dass es aus Brasilien, Argentinien, Venezuela, San Domingo, aber auch aus Nordamerika eine Reihe von Dankschreiben von Personen erhalten hätte, die man dorthin in Sicherheit bringen konnte.

253 geflüchtete, frühere Nationalsozialisten sind im letzten Jahre in die Bundesrepublik zurückgekehrt - wahrscheinlich infolge des Abschlusses der Entnazifizierung. Auf Kosten des Patronats werden noch rund 4.000 Personen in Spanien unterhalten. Ausgegeben hat das Patronat bisher für Passagen, Pensionen, Kleidung, Papiere und sonstige Unterstützungen rund 200.000 Pesetas.

+ + +

Wer will unter die Soldaten?

Vom freiwilligen alliierten Arbeitsdienst zum Panzerjäger

RGH. Ein Offizier - er war vor einigen Jahren noch deutscher Panzerjäger - in dunkelblauer Uniform nach französischem Schnitt, geht durch das Tor einer französischen Kaserne in Deutschland. Stramm salutiert ihm der Poilu am blauweissroten Schilderhaus. Der Offizier dankt und begibt sich auf den Kasernenhof, wo ihn eine Kompanie zum Exerzieren erwartet...

Das ist keineswegs ein Zukunftsbild von der Europaarmee. Es ist ein Schnappschuss von heute, irgendwo in der französischen Zone. Überschrift: FAMOT. Das heisst, etwas langatmig: "Formations auxiliaires de main d'oeuvre et de transport", auf deutsch etwa: Hilfseinheiten für Arbeitsdienst und Transport. Es ist das französische Gegenstück für die amerikanischen LSCO "Labor Service Compagnies" und die britische GSO "German Service Organisation", alles mit der komischen deutschen Abkürzung "die Hiwis" bezeichnet, was "Hilfswillige" heisst. Das Ganze, auf eine Formel gebracht: eine kalte deutsche Remilitarisierung.

Das hat schon 1947 begonnen: zunächst sehr friedlich, sehr zivil was am Schulterspiegel mit "Civil" gekennzeichnet wurde - bis besagtes friedliches Plakat im Sommer 1951 verschwand. Es war ein Modewechsel sehr politischer Natur. Aus dem uniformierten Hiwi wurde ein bewaffneter Soldat, vom Wachmann, dem unteren, bis zum Major, dem obersten Grad in der Rangliste der deutschen Einheiten.

Den Anfang mit deutschen uniformierten Hilfseinheiten machten die Amerikaner mit Industriepolizei und Arbeitskompagnien. Sie taten Dienst in den militärischen Arsenalen und insbesondere in den Motor-Pools. Die technische Durchführung der Berliner Luftbrücke führte zur starken Erweiterung der Einheiten. 1950 betrug ihre Gesamtzahl über 20.000 Mann. Teilweise waren sie mit Karabinern und MP bewaffnet. Im August 1950 erfolgte ihre Umwandlung zur LSCO. Die Mannschaften wurden kaserniert; sie erhielten ein militärisches Dienstreglement und Ausbildung an Waffe und Gerät. Seit dem 1. August 1951 steht die LSCO, deren Zahl heute auf 40.000 Mann geschätzt wird, unter der Leitung des früheren Generals der Panzertruppen Brandenberger. Offiziere und Mannschaften sind durch Arbeitsvertrag verpflichtet, wö-

chentlich 48 Stunden Dienst zu leisten; dafür gibt es Monatsgehälter von 190.- bis 700.- Mark bei freier Station und guter amerikanischer Verpflegung. Eine Marine-Abteilung liegt in Bremen; zwei Ex-Admirale befehligen sie. Man ist bescheiden, vorerst...

"Angehörige der französischen Armee"

Die deutsche Arbeitsorganisation der französischen Zone, deren oberste Kommandostelle in Baden-Baden sich befindet, hat eine etwas andere Zusammensetzung. Ihre Aufstellung begann Ende 1948. Obwohl 1951 auch hier die Verträge der FAMOTs neu gestaltet wurden, blieb doch im wesentlichen für die Masse der rund 14.000 Soldats - mit Sergeant und Capitain - der Charakter von Arbeitsdienst-Freiwilligen, ohne betonten militärischen Dienst erhalten. Dagegen beschritt seit August 1951 die französische Besatzungsarmee daneben noch einen anderen Weg: man ordnete die deutschen Freiwilligen in geschlossenen aktiven Bataillionen in reguläre französische Regimenter ein. Auch ihre Kommandostellen werden mit deutschen Offizieren besetzt. Die sich meldenden "Arbeitskräfte" wurden sehr streng ausgemustert, bevor sie ihren Vertrag unterschreiben konnten, der sie zu jeder Arbeit - innerhalb der deutschen Einheiten - verpflichtet: ausdrücklich werden sie darin als "Angehörige der französischen Armee" bezeichnet. Rechtlich allerdings bleibt es ein Arbeitsvertrag: denn diese Panzerjäger, Pioniere, Nachrichten- und Aufklärer, die in französischen Kasernen wohnen, dort wie die Poilus exerzieren, Essen und Löhnung fassen, können ihren Dienst kündigen.

Völkerrechtliches Problem

Der Zustrom von freiwilligen Arbeitskräften ist infolge der sozialen Lage tausender junger deutscher Männer in diesen Jahren weit grösser gewesen als die Nachfrage; in der französischen Zone mussten zuweilen die Hälfte der Anmeldungen abgewiesen werden: als soziale Erscheinung ist dieser Andrang zur militärischen Futterkrippe auch ein Beitrag für die Auswirkung der "sozialen Marktwirtschaft". Nicht minder wesentlich ist die staatsrechtliche Seite dieses modernen "Arbeits-Landsknechtums". Alle diese Einrichtungen sind ohne Befragen und ohne Einverständnis der deutschen Stellen entstanden. Das Ganze ist ein schwerwichtiges staatsrechtliches und, im Ernstfall, auch völkerrechtliches Problem. Denn dann würde sich die Frage erheben: sind diese amerikanischen, britischen und französischen uniformierten und bewaffneten deutschen "Arbeitskräfte" Soldaten oder Partisanen? Sind sie Bestandteil eines - bis jetzt nicht vorhandenen - deutschen Verteidigungsbeitrages? Im Hintergrund dieses deutschen "Halb-Militarismus" erhebt sich die Frage nach der deutschen Souveränität.

Kriegsspielzeug

Die Kommunisten haben in ihrem gutentwickelten Sinn für Aktualität in diesen Vorweihnachtstagen im Bundestag einen Antrag eingebracht, die Regierung möge die Herstellung von Kriegsspielzeug durch Gesetz verbieten lassen - ausgerechnet die Kommunisten. Immerhin bleibt die Absicht löblich, denn Kriegsspielzeug ist nun einmal gefährlicher und geschmackloser Unsinn.

Aber auch diese Einsicht, der man weiteste Verbreitung wünscht, wird dadurch, dass die Kommunisten sich ihrer in demagogischer Absicht bedienen, bedauerlich entwertet - so wie die grossen Begriffe Freiheit, Frieden und Demokratie an dem Missbrauch, den die Sowjets mit ihnen täglich treiben, allzu leicht Schaden nehmen.

Fort also, sagen die Kommunisten, mit den winzigen Flugzeugen, den kleinen Kanonen, den Tanks en miniature, den buntbemalten Soldaten mit dem Gewehr im Anschlag. In Heimatland des Kommunismus freilich wird seit dem Ende des Krieges ein Kult der militärischen Heldenverehrung getrieben, wie vorher kaum im Zarenreich oder im Preussen der alten Hohenzollern-Könige. Er beginnt bei den Kleinen und Kleinsten, die man in Uniformen steckt, die man drillt und denen ein Denken anezogen wird, im Vergleich zu dem die kindliche Sehnsucht nach dem Kriegsspielzeug sehr harmlos ist.

Wie gesagt - Kriegsspielzeug ist eine schlechte Sache. Dass die Kommunisten es verboten wissen wollen, ist nur ein neuer Beweis ihrer vollkommenen politischen Verlogenheit. Dass man aber gleichzeitig an kommende deutsche Divisionen und seinen künftigen deutschen Verteidigungsminister erinnert wird, ist bitter, ja tragisch.

-u

Verantwortlich: Peter Raunau